Veranstaltungsdokumentation

DEN WANDEL GERECHT GESTALTEN

Transformationskonferenz
Bremen 2025

Mit Keynotes von Yasmin Fahimi (DGB)
und Carla Reemtsma (FFF)

Inhalt

Bremer Transformationskonferenz 2025 3

Den Wandel gerecht gestalten 4

Grußwort von Antje Grotheer 6

Grußwort von Peer Rosenthal 7

Grußwort von Ernesto Harder 8

Aus der Keynote von Yasmin Fahimi 9

Aus der Keynote von Carla Reemtsma 10

Drei Fragen an Samira El Hattab 11

Workshop A1 Energiewende und Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen 12

Workshop A2 Was hat die Biodiversität je für uns getan? 14

Workshop A3 Geschlechtergerechte Transformation durch Gender Budgeting 16

Workshop A4 Transformation in Bremen – Fragebogen für die Landespolitik 18

Workshop A5 Gesunde Stadt für alle: Klimaanpassung gerecht gestalten 20

Workshop B1 Sozial-ökologische Energiewende in Mietwohnungen 22

Workshop B2 Arbeitsschutz im Klimawandel: Sonnige Aussichten 24

Workshop B3 Klimageld – Wie gelingt der soziale Ausgleich steigender CO_2-Preise? 26

Workshop B4 Wandel der Industrie und Sicherung von Industriearbeitsplätzen 28

Workshop B5 Mit der Schwammstadt durch die Klimakrise –
Strategien für widerstandsfähige Städte 30

Podiumsdiskussion Transformation – Sozial gerecht und ökologisch ambitioniert 32

Stimmen aus der Diskussion 33

Kultureller Ausklang: Film „Erde“ im City 46 34

Zum Weiterlesen 35

Danksagung/Impressum 36

Bremer Transformationskonferenz 2025

Eine Veranstaltung von Arbeitnehmerkammer und DGB in Kooperation mit Bremer Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden

Freitag, 19.09.2025, 9:30 –17:30 Uhr – Bremische Bürgerschaft

Um die Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen, muss sich unsere Lebens- und Arbeitswelt tiefgreifend verändern. Das kostet viel Geld und verunsichert Bürger*innen genauso wie Betriebe. Eine ambitionierte Klimapolitik braucht aber eine breite Unterstützung – von Politik und der Gesellschaft, denn die Folgen des Klimawandels sind sozial ungerecht und bedrohen unsere Gesundheit, viele Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Wohlstand. Die Transformation muss daher beides sein – ökologisch und sozial.

Die Bremer Transformationskonferenz bringt beide Perspektiven zusammen: Sie ist ein Ort des Austauschs zwischen der Umweltbewegung, den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und den Beschäftigten. Gemeinsam suchen wir nach Antworten auf die Frage, wie die Transformation ökologisch ambitioniert und sozial gerecht gestaltet werden kann. Die Konferenz wurde von Arbeitnehmerkammer und DGB gemeinsam mit vielen Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus dem Land Bremen gestaltet, um ein starkes politisches Zeichen für eine sozial gerechte Klimapolitik zu setzen.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Diskussionen und Ergebnisse der Transformationskonferenz und möchte zum Weiterdenken und Mitmachen anregen.

Konferenzprogramm

Durch das Programm führt die Klimajournalistin Samira El Hattab

9:30 Uhr: Ankommen & Networking

10:00 Uhr: Grußwort von Antje Grotheer

10:10 Uhr: Grußwort von Peer Rosenthal

10:15 Uhr: Grußwort von Ernesto Harder

10:20 Uhr: Keynote von Yasmin Fahimi

10:40 Uhr: Keynote von Carla Reemtsma

11:00 Uhr: Moderiertes Gespräch von Yasmin Fahimi & Carla Reemtsma

11:30 Uhr: Kaffeepause & Networking

11:45 Uhr: Workshop-Phase A

13:15 Uhr: Mittagspause & Networking

14:00 Uhr: Workshop-Phase B

15:30 Uhr: Kaffeepause & Networking

16:00 Uhr: Podiumsdiskussion mit Andreas Bovenschulte, Irmela Benz-Colaço, Hans-Jürgen Urban, Imke Sonnenberg & Joachim Schwarz

20:00 Uhr: Film „Erde“ im City 46

Transformationskonferenz

Bremen, 19.09.2025

Den Wandel gerecht gestalten

Gemeinsame Erklärung von Arbeitnehmerkammer, DGB und Bremer Umwelt-, Wohlfahrts- und Sozialverbänden

Die Klimakrise schreitet spürbar voran: Ein alarmierender Temperaturrekord folgt dem nächsten, Extremwetterereignisse häufen sich und das Klimasystem nähert sich den sogenannten Kipppunkten, deren Überschreiten zu gravierenden Verschlechterungen der Lebensbedingungen führen und ganze Weltregionen unbewohnbar machen könnte. Der Klimawandel verschärft soziale Ungleichheit, beschleunigt das Artensterben, zerstört die Grundlagen des Wirtschaftens und hat spürbare Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden. Wirksamer Klimaschutz gehört daher ganz weit oben auf die politische Agenda, weltweit, aber auch bei uns in Deutschland und Bremen.

Mit großer Sorge beobachten wir, dass die Dekarbonisierung von Industrie, Energie und Mobilität aktuell stark an Tempo, Priorität und gesellschaftlichem Rückhalt verliert. Das steht im fundamentalen Widerspruch zur steigenden Dringlichkeit von Klimaschutz und zu unserer Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und dem globalen Süden. Um die Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen und eine wirksame Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Klimawandelfolgen zu ermöglichen, muss sich unsere Lebens- und Arbeitswelt tiefgreifend verändern.

Obwohl die CO_2-Emissionen besonders durch Reiche und große Konzerne verursacht werden, leiden einkommensschwache Menschen und andere vulnerable Gruppen besonders stark unter den Folgen des Klimawandels. Beschäftigte, Mieter*innen und Pendler*innen sind überproportional von den Kosten der bisherigen Klimapolitik betroffen. Das ist nicht nur ungerecht und wenig wirksam, sondern untergräbt auch den gesellschaftlichen Rückhalt für die sozial-ökologische Transformation.

Die Transformation muss daher beides sein – ökologisch und sozial gerecht. Sie kann die Lebensqualität erhöhen, Gesundheitsrisiken reduzieren, die Artenvielfalt schützen, bessere Arbeitsbedingungen schaffen und Wohlstand sichern. Gemeinsam wollen und können wir daher den sozial-ökologischen Wandel vorantreiben.

Mit der Bremer Transformationskonferenz am 19.09.2025 bringen wir unterschiedliche Perspektiven zusammen, erhöhen wir das gegenseitige Verständnis und bündeln wir unsere Kräfte. Vertreter*innen aus Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammer sowie Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden diskutieren mit einer breiten Öffentlichkeit und der Klimabewegung über eine ökologisch ambitionierte und zugleich sozial gerechte Transformation. Nicht in allen Sachfragen sind wir uns einig, denn es gibt beim sozial-ökologischen Umbau viele Ziel- und Interessenkonflikte. Aber gerade deshalb wollen wir eine Debattenkultur etablieren, in der wir punktuelle Meinungsverschiedenheiten aushalten, konstruktiv mit Ambivalenzen umgehen und das Verbindende in den Mittelpunkt stellen.

Gemeinsam drängen wir auf die Einhaltung der Bremer Klimaziele bis 2038. Die Dekarbonisierung der bremischen Industrie muss konsequent und mitbestimmt vorangetrieben und die Weiterbildungskultur sowie der Arbeitsschutz in allen Betrieben gestärkt werden. Die Maßnahmen aus dem Aktionsplan Klimaschutz und aus der neuen Klimaanpassungsstrategie sollen regelmäßig auf ihre sozialen Auswirkungen und ihre Effekte auf gesundheitliche Chancengleichheit überprüft werden. Solche Sozialchecks müssen auch für bundespolitische Maßnahmen durchgeführt werden. Mit Gender Budgeting können zudem die Auswirkungen der Klimapolitik auf die Geschlechter sichtbar gemacht und gesteuert werden. Um einen Ausgleich für steigende CO_2-Preise zu gewährleisten, soll ein sozial gestaffeltes Klimageld eingeführt werden. Darüber hinaus braucht es neue Förderinstrumente für die Energie-, Wärme- und Verkehrswende, von denen auch einkommensschwache Haushalte profitieren können. Die Unternehmen der Sozialwirtschaft sind auf öffentliche Förderung angewiesen, um ihre Einrichtungen und Dienste klimaneutral aufzustellen und Klimaanpassungsmaßnahmen umzusetzen. Sie müssen daher konsequent in die entsprechenden Förderprogramme des Bundes einbezogen werden. Eine Finanzierung dieser Maßnahmen aus den Sozialetats der Länder und Kommunen ist nicht leistbar und würde zu neuen Ungleichheiten in der Versorgung und zu einer Verlangsamung der Umstellung führen.

Über diese und weitere Forderungen wollen wir in den nächsten Monaten noch intensiver mit unseren Mitgliedern und der Politik ins Gespräch kommen. Die sozial-ökologische Transformation braucht neuen Schwung, neue Ideen und verantwortungsvolles Handeln in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wir leisten unseren Beitrag dazu.

DER PARITÄTISCHE Bremen

AWO Bremen

caritas Bremen

Deutsches Rotes Kreuz
DRK-Kreisverband Bremen e.V.

Diakonie Bremen

SOVD Landesverband Bremen

BUND Landesverband Bremen

FRIDAYS FOR FUTURE Bremen

NaturFreunde DEUTSCHLANDS

NABU Bremen

kda Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

DGB

Arbeitnehmerkammer Bremen

Grußwort von Antje Grotheer

Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
Schirmherrin der Transformationskonferenz

Ich heiße Sie herzlich willkommen hier im Haus der Bürgerschaft. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich den Weg hierher gefunden haben – und dass die Veranstalter, die Arbeitnehmerkammer und der DGB in Kooperation mit Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, diesen Ort für ihre Konferenz gewählt haben. Als Schirmherrin und Hausherrin begrüße ich Sie herzlich.

Wir befinden uns im Zentrum der Stadt – und im Zentrum unserer Demokratie. Ein guter Ort für eine Konferenz über die sozial-ökologische Transformation – eines der zentralen Zukunftsthemen für unser Bundesland, für Deutschland, Europa und die Welt. Wir stehen vor großen Herausforderungen und tiefgreifenden Veränderungen, die unseren Alltag betreffen werden. Auch deshalb ist das Parlament der richtige Ort für diesen Dialog.

Denn große Veränderungen verunsichern. Sie erzeugen Ängste – die Populisten nutzen, indem sie einfache Antworten geben oder Probleme leugnen. Sie bieten keine Lösungen, sondern träumen von einer Vergangenheit, die es so nie gegeben hat.

Sie hingegen setzen auf Dialog und haben sich zusammengeschlossen, um nicht das Trennende zu betonen, sondern das Gemeinsame zu suchen. Auch wenn Ziele teils im Konflikt stehen, eint Sie das Ziel, ökologische Notwendigkeiten und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Sie setzen damit nicht nur ein Zeichen, Sie setzen auch Themen. Fridays for Future hat gezeigt, wie gesellschaftlicher Druck politische Debatten verändern kann. Zugleich zeigt die Bewegung aber auch: Einfluss hat Grenzen. Themen geraten wieder aus dem Fokus, Anliegen setzen sich nicht immer durch. Gerade deshalb ist Ihre heutige Veranstaltung so wichtig.

Denn diese Transformation wird nur gelingen, wenn wir sie gemeinsam gestalten – ökologisch notwendig und sozial gerecht. Und dafür braucht es den Dialog mit uns Parlamentarier*innen. Viele Kolleg*innen sind heute hier – ein starkes Signal. Denn wir brauchen Ihre

Expertise, Ihre Erfahrungen, Ihre Perspektiven. Und wir brauchen Ihre Unterstützung. Politik allein kann diese Transformation nicht schultern. Am Beispiel des Bremer Stahlwerks wurde das deutlich: Wir haben als Politik vieles ermöglicht, inklusive massiver Fördermittel. Doch wenn Unternehmen sich anders entscheiden, sind unsere Möglichkeiten begrenzt.

Politik allein kann die Menschen nicht überzeugen. Die Transformation wird nur erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, die Menschen mitzunehmen – mit sozialer Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Dass Sie Ihre Perspektiven einbringen, ein gemeinsames Ziel formulieren und dieses in Ihrem jeweiligen Wirkungskreis vertreten, leistet einen wichtigen Beitrag. Ich wünsche Ihnen einen interessanten, produktiven und erkenntnisreichen Tag mit vielen spannenden Diskussionen. Schön, dass Sie heute im Haus der Bürgerschaft zu Gast sind.

(Gekürzte Fassung; es gilt das gesprochene Wort)

Grußwort von Peer Rosenthal

Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen

Ich begrüße Sie heute ganz herzlich im Namen der Arbeitnehmerkammer auf der ersten Bremer Transformationskonferenz. Diese gemeinsame Konferenz ist ein wichtiges Signal an die Politik und auch an die Gesellschaft. Es zeigt, dass der Klimawandel und die Frage, wie wir auf diese Herausforderungen reagieren, vielen auf den Nägeln brennt. Gleichzeitig sind die Bedingungen schwieriger geworden: Die Wirtschaft ist in eine Schieflage geraten, hinzu kommt die Zollpolitik der US-amerikanischen Regierung. Sicher geglaubte Arbeitsplätze in der Industrie sind in Gefahr. Hinzu kommt der zunehmende Rechtsruck, der sich nicht mehr schönreden oder ignorieren lässt. Und last not least hat sich auch die sicherheitspolitische Lage zugespitzt.

Bei all diesen Herausforderungen darf die Klimakrise nicht vergessen werden, denn hierbei geht es eigentlich um alles. Wenn es uns nicht gelingt gegenzusteuern, droht uns eine gravierende Verschlechterung der Lebensbedingungen. Der Klimawandel verschärft soziale Ungleichheiten und zerstört die Grundlagen unseres Wirtschaftens. Wir müssen also etwas tun. Ich freue mich deshalb umso mehr, dass wir diese Veranstaltung nicht nur mit dem DGB geplant, sondern von Anfang an die Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbände einbezogen haben. Denn es war uns wichtig, dass wir dieses Thema mit einem breiten Bündnis nach vorne bringen.

An dieser Stelle möchte ich mich schon jetzt bei allen Beteiligten dafür bedanken, dass sie sich die Zeit genommen haben und mit so viel Energie dabei sind. Ganz besonders freut es mich, dass wir 13 Organisationen uns bei aller Unterschiedlichkeit auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten. Das ist ebenfalls ein starkes Signal!

Dass wir ein breites Bündnis brauchen – auch und gerade, um für soziale Gerechtigkeit in Zeiten des Klimawandels zu sorgen –, zeigen uns die aktuellen politischen Debatten rund um den sogenannten Herbst der Reformen. Über Einsparungen beim

Bürgergeld sollen Haushaltslöcher gestopft werden, es wird das Rentensystem auf den Prüfstand gestellt und davon gesprochen, den Sozialstaat zu reformieren. Rechte und Sicherheiten, die die Grundpfeiler unserer Demokratie sind, stehen auf dem Prüfstand. Um diese Rechte zu sichern, brauchen wir ebenfalls einen breiten Schulterschluss. Dass uns dies hier in Bremen beim Thema Klimapolitik gelungen ist, stimmt mich optimistisch. Und ich wünsche mir, dass uns das bei der sozialen Frage ebenso gelingt.

Gerade weil der Umstieg auf klimaneutrales Wirtschaften steinig ist und auch Arbeitsplätze kosten wird, brauchen wir Sicherheit im Wandel. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen mit wenig Geld nicht unter die Räder geraten und dass unser soziales Netz erhalten bleibt.

(Gekürzte Fassung; es gilt das gesprochene Wort)

Grußwort von Ernesto Harder

Regionsgeschäftsführer des DGB Bremen-Elbe-Weser

Ich freue mich, Sie heute in der Bremischen Bürgerschaft zu begrüßen. Ein besonderer Dank geht somit an die Hausherrin Antje Grotheer, denn dieser Ort wurde bewusst gewählt. Genau hier hat die Enquete-Kommission zur CO_2-Reduktion ihre Arbeit geleistet. Das macht dieses Haus heute zu einem symbolisch wie inhaltlich wichtigen Ort – um die parlamentarische Arbeit zur Klimapolitik aus dem Inneren des Parlaments heraus in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Die Enquete-Kommission hat damals ein einmaliges, detailreiches Maßnahmenpaket vorgelegt. Besonders daran ist: Es wurde nicht nur diskutiert, was getan werden muss, sondern auch was es kostet. Jedes Vorhaben wurde mit einem Preisschild versehen – eine konkrete und verantwortungsvolle politische Herangehensweise. Auf dieser Grundlage wurde ein starker Klima- und Transformationsfonds geschnürt. Wir alle wissen, dass mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Grundlage fehlte, um den Fonds auch tatsächlich umzusetzen und damit die dringend notwendigen Investitionen in eine klimafreundliche Zukunft auf den Weg zu bringen. Das ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, weiter entschlossen voranzugehen.

Klimaschutz und der Erhalt guter Arbeit sind keine Gegensätze. Sie gehören zusammen: Tarifgebundene, mitbestimmte Arbeitsplätze und eine erfolgreiche Transformation bedingen einander. Mehr als die Hälfte des Bremer CO_2-Ausstoßes kommt aus nur einem Betrieb, dem Stahlwerk von ArcelorMittal. Den einfachen Weg, das Werk zu schließen und den Schlüssel an der Tür umzudrehen, will niemand in Bremen gehen. Fast alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen wollen das Stahlwerk erhalten. Denn grüner Stahl wird für den Bau von Windkraftanlagen, aber auch für die Mobilitätswende und für den Ausbau der Elektromobilität benötigt. Gleichzeitig ist das Stahlwerk tarifgebunden und mitbestimmt – es sichert die soziale Lebensgrundlage tausender Familien. Klar ist, eine Deindustrialisierung würde das Land Bremen vor große soziale Herausforderungen stellen.

Doch der gute Wille von Staat, Beschäftigten und Interessenvertretungen reicht nicht aus. Wir brauchen auch Unternehmer*innen, die investieren und unternehmen. Daher fordern wir auch hier noch einmal ArcelorMittal auf, die nötigen Investitionen zu beschließen. Und gleichzeitig bitten wir auch die öffentliche Hand, die zugesagten Mittel nach wie vor zur Verfügung zu stellen, wenn der Konzern endlich die notwendige Entscheidung trifft.

Es ist wichtig, die Transformation ökologisch und sozial gerecht zu gestalten. Deshalb ist diese Konferenz ein Startpunkt, um gemeinsam mit Umweltverbänden und Sozialverbänden in neuen Bündnisstrukturen weiterzumachen für eine ökologische und sozial gerechte Gesellschaft.

(Gekürzte Fassung; es gilt das gesprochene Wort)

Aus der Keynote von Yasmin Fahimi

Bundesvorsitzende des DGB

Ein starker Wirtschafts- und Industriestandort, ein starker Sozialstaat und eine ambitionierte Klimapolitik – all das können wir nicht erreichen, wenn wir das eine gegen das andere Ziel ausspielen. Die sozial gerechte Transformation kann nur gelingen, indem wir das Land modernisieren, die Wirtschaft gezielt unterstützen, öffentliche Infrastrukturen ausbauen, Behörden vernünftig ausstatten und die Daseinsvorsorge verbessern.

Die Lehre der Entscheidungen von ArcelorMittal Bremen muss sein, dass wir die Möglichkeiten der Unternehmens-mitbestimmung deutlich ausweiten. Und dass solche grundlegenden strategischen Entscheidungen nicht mehr allein von der Unternehmensseite getroffen werden können. Es braucht eine echte Parität in aller Unternehmensmitbestimmung.

Förderungen darf es nur geben, wenn es vorher eine Standortzusage gegeben hat – oder eine Verabredung zwischen den Sozialpartnern zur Beschäftigungssicherung.

Aus der Keynote von Carla Reemtsma

Sprecherin von Fridays for Future

Die Klimakrise ist keine abstrakte ökologische Frage – sie ist eine der größten Ungerechtigkeitskrisen unserer Zeit. (…) Die Klimakrise ist jetzt und hier. Naturkatastrophen werden gerade zur Randnotiz in den Medien. Das ist nicht normal!

In einer Klimakrise gibt es keine soziale Gerechtigkeit. (…) Klimaschutz zu verhindern, weil man sagt, man könnte damit mehr soziale Gerechtigkeit erreichen, das ist schlichtweg gelogen.

Klimaschutz scheitert gerade nicht an der Machbarkeit, sondern am politischen Willen. (…) Bei diesem Zynismus machen wir nicht mit!

Zwei Sachen sind für die Transformation ganz wichtig: erstens in diesen Zeiten nicht die Hoffnung und den Mut zu verlieren, sondern weiter geschlossen voranzugehen. Und zweitens brauchen wir bezahlbare klimafreundliche Mobilität und Wärme. Dabei müssen wir ganz klar die Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht die Profite von ein paar großen Konzernen.

Drei Fragen an Samira El Hattab

Klimajournalistin und Moderatorin der Transformationskonferenz

Warum war die Transformationskonferenz aus deiner Sicht eine wichtige Veranstaltung?

Samira El Hattab: Die Bremer Transformationskonferenz war aus meiner Sicht wichtig, weil es eine gute Möglichkeit für Austausch und Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteuren war.

Was war für dich das Besondere an dieser Veranstaltung und was hat dich überrascht?

Samira El Hattab: Das Besondere war für mich die Mischung aus inhaltlicher Arbeit in den Workshops und auf der anderen Seite der offenen Debatte auf den Panels, die oft nicht so einstimmig war wie gedacht. Das tat gut, um zu verstehen, wo die Schwierigkeiten bei der grünen Transformation liegen und wo es sich lohnt, noch mal anzusetzen.

Wie sollte es deiner Meinung nach in Bremen und Bremerhaven nach der Transformationskonferenz weitergehen?

Samira El Hattab: Ich finde es wichtig, dass diese Räume mit den verschiedenen Akteuren öfter geschaffen werden. Für eine erfolgreiche Transformation ist das aus meiner Sicht unglaublich wichtig.

Workshop A1
Energiewende und Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen

Gerade die von den sozialen Einrichtungen versorgten und unterstützten Menschen sind von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Deswegen sind Klimaschutz und Klimaanpassung für die sozialen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven eine zentrale Herausforderung. Damit einher gehen umfassende Investitionsanforderungen, einerseits zur Klimaanpassung – etwa an immer häufiger zu erwartende Hitzeperioden –, andererseits um den Gebäudebestand sozialer Einrichtungen bis 2038 klimaneutral umzugestalten.

Im Land Bremen gibt es von der Bremer Klimaschutzagentur energiekonsens ein umfassendes Unterstützungsangebot bei der Beratung von sozialen Einrichtungen zu den Fragen, welche Investitionen erforderlich sind und welche Fördermittel hierfür in Anspruch genommen werden können. Darüber hinaus sind aber weitere staatliche Maßnahmen erforderlich:

1. Gleichrangig zu den anderen Zielen sollen Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele als zu erreichende Ziele in den Sozialgesetzbüchern verankert werden. Leistungs-, Versorgungs- und Rahmenverträge müssen die nachhaltige Gestaltung der Dienstleistungen einfordern und gewährleisten.

2. Die existierenden Förderprogramme sind für gemeinnützige soziale Einrichtung nicht hinreichend, um die erforderlichen Maßnahmen zur Erlangung von Klimaneutralität zu finanzieren. Daher bedarf es einer gesonderten Förderung entsprechender Investitionen gemeinnütziger sozialer Einrichtungen und Unternehmen durch den Bund. Eine Förderung über Steuererleichterungen ist ungeeignet. Stattdessen bedarf es eigener und ausreichend ausgestatteter Förderlinien im Rahmen der neuen Investitionsfonds des Bundes, insbesondere zur Finanzierung der notwendigen energetischen Sanierung der genutzten Gebäude.

3. Viele vor allem kleinere soziale Einrichtungen und Unternehmen haben keine ausreichenden Kapazitäten, um notwendige, zum Teil aber sehr aufwändige Investitionsmaßnahmen umzusetzen. Für diese Einrichtungen bedarf es daher einer entsprechenden staatlichen Unterstützung.

4. Reduzierung von Bürokratie bei der Beantragung von Fördermitteln.

5. Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln. Große Einrichtungen können sicherlich eine eigene Stelle vorhalten. Bei kleineren Einrichtungen wäre eine externe Unterstützung sinnvoll, etwa angedockt an energiekonsens.

6. Etablierung eines Anreizsystems für Klimaschutzinvestitionen in sozialen Einrichtungen. Bisher ist das unzureichend, weil mit der Ausnahme von Zuwendungsempfängern Kostenerhöhungen durch den Klimawandel ausgeglichen werden.

Dieser Workshop wurde von Joachim Schuster (Der Paritätische), Klaus Prietzel (BUND), Hille Heumann Klemm & Bernd Langer (energiekonsens) & Svenja Böning (Hoppenbank) gestaltet.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind auch für soziale Einrichtungen eine zentrale Herausforderung. Ohne öffentliche Förderung der notwendigen Investitionen ist das nicht zu stemmen.

Workshop A1 – Energiewende und Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen

Workshop A2
Was hat die Biodiversität je für uns getan?

Problemlage

Aus ökologischer Sicht befinden wir uns derzeit in einer Zwillingskrise aus Klima- und Naturkrise. Während der Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung fest verankert ist, bleibt das Artensterben oftmals eine vergleichsweise „stille" und weniger bekannte Krise. Dabei ist der Erhalt der Biodiversität – also der biologischen Vielfalt – nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozialen und ökonomischen Gründen von zentraler Bedeutung.

Im Rahmen einer Auftaktsammlung wurde nach Assoziationen zum Begriff „Biodiversität" gefragt. Die Teilnehmenden des Workshops nannten hierbei Begriffe wie „wichtig für Ernährungssicherheit", „Genpool für die Zukunft", „Lebensgrundlage" und „Rechte der Natur". Diese Antworten verdeutlichen, dass Biodiversität auf verschiedenen Ebenen als grundlegende Voraussetzung für menschliches und ökologisches Wohlergehen verstanden werden muss.

Diskurs

In einer ersten Kleingruppenphase diskutierten die Teilnehmenden konkrete Vorteile der biologischen Vielfalt für die Gesellschaft. Die erste Gruppe betonte insbesondere Ernährungsthemen wie die Bedeutung der Bestäubungsleistungen, die Sicherung einer größeren Nährstoffvielfalt und die Notwendigkeit von Alternativen zu Monokulturen. Zudem wurden Klimathemen hervorgehoben, etwa die Rolle der Biodiversität für ökologische Resilienz, Temperaturregulierung und die sogenannte Schwammwirkung von Ökosystemen bei der Wasserspeicherung.

Die zweite Gruppe stellte dagegen den Eigenwert der Biodiversität in den Vordergrund und betonte, dass der Mensch selbst Teil dieser biologischen Vielfalt ist. Der Erhalt der Biodiversität wurde daher als zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit betrachtet.

Ausblick

In einer zweiten Kleingruppenphase stand die Frage im Mittelpunkt, welche Chancen und Risiken für die Biodiversität im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation bestehen.

Die erste Gruppe thematisierte hierbei reale Zielkonflikte zwischen Transformationsprozessen und sozialen Fragen. Besonders Menschen mit geringen Ressourcen oder geringem gesellschaftlichem Einfluss könnten von diesen Konflikten negativ betroffen sein. Deshalb wurde betont, dass eine breite gesellschaftliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen sowie umfassende Aufklärung unabdingbar sind.

Die zweite Gruppe wies darauf hin, dass eine zu starke Fokussierung auf technische Lösungen Risiken birgt. Als problematisch wurde auch die geschwächte gesellschaftliche Diskurskraft für Umwelt- und soziale Themen bezeichnet. Zudem wurde die ungerechte Wohlstandsverteilung als ein wesentlicher Treiber des Biodiversitätsverlusts benannt. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass auch gesellschaftliche Vielfalt und alternative Lebensformen notwendig sind, um Biodiversität langfristig zu sichern.

Abschließend wurde festgestellt, dass der Erhalt der Biodiversität kein „Nischenthema" darstellt, sondern ein zentraler Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation ist.

Dieser Workshop wurde von Christoph Röttgers, Florian Scheiba und Tim Melzer (NABU) gestaltet.

Der Mensch ist Teil der Biodiversität und profitiert von ihr. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist wichtig, denn ohne die Leistungen, die eine intakte Natur für uns bereitstellt, sind wir alle ärmer.

Workshop A2 – Was hat die Biodiversität je für uns getan?

Workshop A3
Geschlechtergerechte Transformation durch Gender Budgeting

Problem- und Ausgangslage

Transformation bedeutet gesellschaftliche Veränderung und somit immer auch eine Veränderung bestehender Geschlechterverhältnisse. Wenn Transformationsprozesse gleichstellungspolitisch gesteuert werden, haben sie ein erhebliches Potenzial für die Gestaltung gerechterer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wenn sie nicht gleichstellungspolitisch gesteuert werden, können bestehende Ungleichheiten der Geschlechter noch verstärkt werden – ein nicht beabsichtigter Effekt, der aber dem Verfassungsauftrag der tatsächlichen Gleichberechtigung entgegensteht.

Im Workshop wurden Ansätze einer gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung vorgestellt. Mit Gender Budgeting können Gleichstellungswirkungen von Transformationsmaßnahmen untersucht werden: Wem nutzen sie und wem eher nicht? Welche Beschäftigungseffekte auf eher frauen- oder eher männerdominierte Branchen gehen mit ihnen einher? Wie wirken die Mittel auf Gleichstellung – auch im Kontext weiterer sozialer Kategorien? Kommen sie den Geschlechtern gleichermaßen zugute oder profitiert ein Geschlecht besonders? Die Anwendung von Gender Budgeting braucht fachliche Expertise inklusive konkreter Zahlen, denn in den wenigsten Fällen sind Gleichstellungswirkungen augenfällig. Dies trifft besonders auf Vorhaben zu, die die sozial-ökologische Transformation betreffen.

Arbeit im Workshop

Im Workshop haben wir uns mit diesen Fragen beschäftigt. Nach einer Einführung ins Gender Budgeting hat Regina Frey an konkreten Beispielen die Anwendung verdeutlicht. Dabei zielt die gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung nicht auf eine schematische Gleichverteilung von Mitteln oder die Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen ab. Vielmehr geht es darum, die geschlechtsbezogenen Wirkungen von Vorhaben zu analysieren und bewerten zu können: Dienen oder schaden sie der Gleichstellung? Und wie kann eine gleichstellungsorientierte Gestaltung aussehen?

Um mit dem Konzept vertraut(er) zu werden, konnten die Teilnehmenden drei Beispiele in Arbeitsgruppen untersuchen und Empfehlungen entwickeln, wie die Mittel eingesetzt werden müssten, damit die Geschlechter gleich stark von ihnen profitieren bzw. die Gleichstellung befördert wird. Schnell wurde deutlich, dass auch scheinbar geschlechtsneutrale Vorhaben die Geschlechter unterschiedlich betreffen: Denn die Geschlechter nutzen – je nach Lebenslage – tendenziell unterschiedliche Verkehrsmittel, sie nutzen sie zu unterschiedlichen Zwecken und Zeiten – auch vom Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Sanierung von Straßen profitieren sie somit in unterschiedlichem Maße. Und die Existenzgründungsförderung mag noch so geschlechtsneutral wirken. Wird jedoch berücksichtigt, dass sie ausschließlich Gründungen im Haupterwerb fördert, wird deutlich, dass Frauen weniger stark von ihr profitieren: Denn sie gründen vielfach im Nebenerwerb.

Das bedeutet aber nicht, dass solche Vorhaben nicht umgesetzt werden sollten. Vielmehr kann oft bereits durch kleine Anpassungen die Gleichstellung gestärkt werden. Es sind eben häufig kleine Stellschrauben, durch die mehr Gleichstellungswirkung erzielt werden kann. Es ist unverzichtbar, genau hinzuschauen, wem Vorhaben und politische Interventionen nutzen – insbesondere, wenn Vorhaben auf den ersten Blick geschlechtsneutral wirken.

Dieser Workshop wurde von Aenne Dunker (Arbeitnehmerkammer Bremen) und Regina Frey (Gender-Institut für Gleichstellungsforschung) gestaltet.

Gender Budgeting ermöglicht eine fairere Verteilung öffentlicher Mittel, damit die Transformation nicht zu einer Reproduktion oder gar Verschärfung der bestehenden Geschlechterungerechtigkeiten führt.

Workshop A3 – Geschlechtergerechte Transformation durch Gender Budgeting

Workshop A4
Transformation in Bremen – Fragebogen für die Landespolitik

Ziel des Workshops war die Formulierung von Fragen durch die am Workshop Teilnehmenden zur sozial-ökologischen Transformation im Land Bremen. Diese sollten in absehbarer Zukunft an Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Interessenverbänden gerichtet werden können, also an Verantwortliche für die Gestaltung von Veränderungen. Das in Frageform angesprochene Thema sollte in der Folge einen Impuls für die Lösungssuche geben können.

Welche Aspekte der notwendigen sozial-ökologischen Transformation sind aus Ihrer Sicht für Bremen, für Ihren Stadtteil und Ihre Angehörigen besonders wichtig? war die an alle Teilnehmenden gerichtete Ausgangsfrage.

Die von den Teilnehmenden formulierten Fragen wurden nach Themengruppen sortiert per Beamer für alle sichtbar festgehalten, teilweise ergänzt und kurz diskutiert. Schwerpunkte lagen im Verkehrssektor, der Flächenpolitik, dem Wohnungsbau, der Stadtplanung und der Unterstützung von Initiativen zur sozial-ökologischen Transformation.

Beispielhaft sollen hier Fragenkomplexe genannt werden zu:

— Formen nachhaltiger Stadtplanung, u. a. zu Grenzen beim Flächenverbrauch und bei der Nutzung von Brachflächen (beispielhaft dem ehemaligen Metrogelände an der Haferwende anstelle der gleich großen Horner Spitze),

— ressortübergreifender Verantwortlichkeit für die sozial-ökologische Verkehrsplanung und den ÖPNV-Ausbau (beispielhaft mit Metropolbussen) in Bremen und Bremerhaven,

— bezahlbarem und energetisch aktualisiertem Wohnungsbau für Menschen mit geringem Einkommen sowie Füllen von Baulücken und Leerstand,

— staatlichen Hilfen zur Zusammenführung von Wissen und Akteur*innen im sozial-ökologischen Transformationsprozess sowie durch den Behördendschungel.

Alle Teilnehmenden sahen die zusammengetragenen Fragen als Grundlage und Anregung für die Entwicklung eines Fragenkatalogs mit Bezug auf den Bereich eigener sozial-ökologischer Aktivitäten.

Dieser Workshop wurde von Sophie Schleinitz, Anke Tinsen und Konrad Zaiss (Naturfreunde Bremen) gestaltet.

Welche Ideen gibt es seitens der Landespolitik, die sozial-ökologische Transformation als integriertes Politikfeld zu etablieren?

Workshop A4 – Transformation in Bremen –
Fragebogen für die Landespolitik

Workshop A5
Gesunde Stadt für alle: Klimaanpassung gerecht gestalten

Klimawandelfolgen, wie Hitze oder Starkregenereignisse, wirken sich unterschiedlich auf Menschen aus. Dabei spielt die soziale Lage der Menschen eine entscheidende Rolle. Der Workshop startete mit einem kurzen Überblick zu Klimagerechtigkeit und gesundheitlicher Chancenggerechtigkeit durch Professorin Gabriele Bolte vom Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP) an der Universität Bremen. Es folgte ein kurzer Input von Karina Busch, Leitung Soziale Dienste beim DRK-Kreisverband Bremen mit Einblicken zur Betroffenheit der DRK-Einrichtungen. Im Anschluss wurde in Kleingruppen der Frage nachgegangen, wie soziale Ungleichheiten in den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels verringert werden können, um der gesunden Stadt für alle näherzukommen.

Als besondere Herausforderungen sowohl für Hitzeperioden als auch für Hochwasser- und Starkregenereignisse wurden versiegelte Flächen im Stadtraum, mangelndes Wissen und die gesundheitliche Verfassung Betroffener genannt. Zum Thema Hitze nannten die Teilnehmenden auch fehlende Verschattung, während bei Starkregen fehlende Auslaufflächen und teils schlechte Bausubstanz thematisiert wurden. Je nach gesundheitlichen und finanziellen Möglichkeiten sind die Kapazitäten, um auf solche Ereignisse reagieren zu können, sehr unterschiedlich ausgeprägt. Mit zunehmendem Alter besteht zudem die Gefahr einer sozialen Isolation, die durch Klimawandelfolgen noch verstärkt auftreten kann. Die Teilnehmenden stellten einen Mangel an Beratungs- bzw. Unterstützungsangeboten sowie an verständlichen Informationen zum Umgang mit Klimawandelfolgen fest.

Es wurde sowohl der jeweils eigene Erfahrungshorizont der Teilnehmenden in ihrer Rolle als Bürger*innen in Bremen und Umgebung einbezogen als auch ihr Wissen über Projekte und Maßnahmen aus anderen Regionen. Teils konnten die Teilnehmenden auch auf Nachbarschaftsinitiativen hinweisen, in denen sie selbst aktiv sind. In den Kleingruppen wurde viel darüber diskutiert, welche Maßnahmen es für einzelne Betroffene und lokale Initiativen geben kann und wo größere Kreise und Netzwerke gefragt sind. Hier ging es auch um die Rolle der Politik, die die passenden Rahmenbedingungen für gesundheitliche Chancengerechtigkeit bei der Anpassung an Klimawandelfolgen schaffen muss. Ein Teil der Workshop-Teilnehmenden hatte den Eindruck, dass der politische Wille zur Entwicklung und Umsetzung solcher Strategien fehle.

Um eine gesunde Stadt für alle zu erreichen und Klimaanpassungsmaßnahmen gerecht zu gestalten, erscheinen ressortübergreifende Ansätze besonders Erfolg versprechend. Eine bessere Wissensvermittlung mit Fokus auf soziale Ungleichheiten ist eine der entscheidenden Voraussetzungen. Dies sollte möglichst umfassend über den Gesundheitssektor, die Sozialwirtschaft und verschiedene politische Gremien von Ortsämtern über Beiräte und Fachausschüsse bis hin zu bundesweiten Gremien erfolgen. Denkbare und sinnvolle Maßnahmen reichen von der Entwicklung von Notfallplänen, der Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten bis hin zu baulichen Veränderungen wie z. B. der Begrünung des Stadtraums. Als zentrales Element für die Stadtplanung der Zukunft wurde außerdem das Schwammstadtprinzip angeführt *(siehe Workshop B5)*.

Dieser Workshop wurde von Sylvia Schuchardt (DRK), Karina Busch (DRK), Gabriele Bolte (IPP Universität Bremen), Ellen Senck (IPP Universität Bremen) und Dirk Gansefort (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen) gestaltet.

„Eine ‚gesunde Stadt für alle‘ richtet den Blick auf vulnerable Gruppen und schafft vielfältige Zugänge zu Informationen und sinnvollen Maßnahmen.

Workshop A5 – Gesunde Stadt für alle: Klimaanpassung gerecht gestalten

Workshop B1
Sozial-ökologische Energiewende in Mietwohnungen

Die ca. 20 Teilnehmer*innen dieses Workshops kamen aus sozialen Einrichtungen, Wohlfahrts- und Umweltverbänden, Mieterinitiativen, der Wissenschaft und der Wohnungswirtschaft. Zu Beginn stellte Irmela Benz Colaço, Leiterin Wohn- und Gebäudepolitik in der Bundesgeschäftsstelle des BUND, in ihrer Präsentation „Energetisch sanieren: klima- & sozialgerecht" die aktuelle energetische Situation im Mietwohnungsbau, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie Lösungsansätze für eine gerechtere Kostenverteilung dar. Dabei wurde insbesondere das vom BUND und dem Deutschen Mieterbund entwickelte Drittelmodell vorgestellt. In der Diskussion ging es u. a. darum, dass in Bremen der größere Teil des Mietwohnungsbestandes privatwirtschaftlich vermietet wird. Diese Wohnungen unterscheiden sich im energetischen Zustand sowie im Regulierungs- und Förderbedarf deutlich vom Bestand der großen Wohnungsgesellschaften.

Forderungen der Workshop-Teilnehmer*innen

Der Klimaschutz erfordert es, die Energie- und Wärmeversorgung von Gebäuden klimaneutral zu gestalten. Dazu gehört neben der Umstellung auf erneuerbare Wärmeträger auch die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen umfangreiche Investitionen durch die Eigentümer*innen der Immobilien getätigt werden. Daneben bestehen für Mieter*innen begrenzte Möglichkeiten, ihren Energieverbrauch durch Verhaltensänderungen zu senken.

Mit den bisherigen Regelungen zur Umlage von energetischen Modernisierungsinvestitionen auf die Mieter*innen sind Sanierungsmaßnahmen häufig nicht warmmietenneutral. Zusätzliche Kostenrisiken werden voraussichtlich durch die Erhöhungen des CO_2-Preises ab 2027 entstehen. Dadurch stellt sich die Frage, wie Wohnungsgesellschaften bewegt werden können, möglichst rasch entsprechende Investitionen zur Erreichung von Klimaneutralität bei gleichbleibender Warmmiete wirtschaftlich durchführen zu können. Ohne diese müssten die Mieter*innen weitgehend die steigenden CO_2-Kosten tragen, ohne selbst auf eine Senkung der Emissionen hinwirken zu können. Und die dringend notwendige Reduzierung der CO_2-Emissionen im Wohngebäudebereich würde dadurch behindert.

Außerdem besteht derzeit eine zusätzliche Unsicherheit in den Rahmenbedingungen durch die Ankündigung der neuen Bundesregierung, das Gebäudeenergiegesetz weitreichend ändern zu wollen. Die Teilnehmer*innen des Workshops fordern deshalb:

1. Schnellstmögliche gesetzliche Klarheit für die energetische Modernisierung von Wohngebäuden, mit besonderer Berücksichtigung der ineffizientesten Gebäude mit dem schlechtesten Wärmestandard.

2. Eine sozial gestaffelte Förderung, die insbesondere auch im geförderten Wohnungsbestand und im Niedrigpreissegment eine wirtschaftlich tragfähige energetische Sanierung mit möglichst hohen Standards ermöglicht.

3. Eine gerechte Verteilung der Modernisierungskosten in Mietwohnungen mit Wahrung der Warmmietenneutralität nach Vorbild des Drittelmodells.

Dieser Workshop wurde von Klaus Prietzel (BUND), Joachim Schuster (Der Paritätische), Irmela Benz Colaço (BUND) und Winfried Osthorst (Hochschule Bremen) gestaltet.

Klimaneutrales Wohnen ist ein zentraler Baustein der dringend nötigen Energie- und Wärmewende. Die Kosten und Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung müssen dabei sozial gerecht verteilt werden.

Workshop B1 – Sozial-ökologische Energiewende in Mietwohnungen

Workshop B2
Arbeitsschutz im Klimawandel: Sonnige Aussichten

Der Klimawandel wirkt sich auf die Arbeitsbedingungen in allen Branchen aus. Daraus resultieren neue Anforderungen an den Arbeitsschutz, besonders für prekär Beschäftigte und Menschen, die draußen arbeiten. Auch der Dienstleistungssektor ist betroffen, denn Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen, Kitas oder der Gastronomie arbeiten häufig in nicht (gut) klimatisierten Räumen. Ziel des Workshops war eine Bestandsaufnahme der Arbeitswirklichkeit und Schutzmaßnahmen sowie die Entwicklung konkreter Forderungen für einen klimafitten Arbeitsschutz.

Die häufiger auftretende und stärker werdende Hitzebelastung betrifft Arbeitnehmer*innen unterschiedlich stark, ist aber für alle Menschen gefährlich. Dabei spielen neben der Außentemperatur, Luftfeuchtigkeit, Strahlung und Schwere der Arbeit auch individuelle Faktoren eine Rolle. So sind ältere Beschäftigte, Menschen mit höherem BMI, Vorerkrankungen oder Schwangere besonders belastet. Hitzestress beeinflusst u. a. die Konzentrationsfähigkeit, die psychische Stabilität und das Herz-Kreislauf-System.

Was ist zu tun?

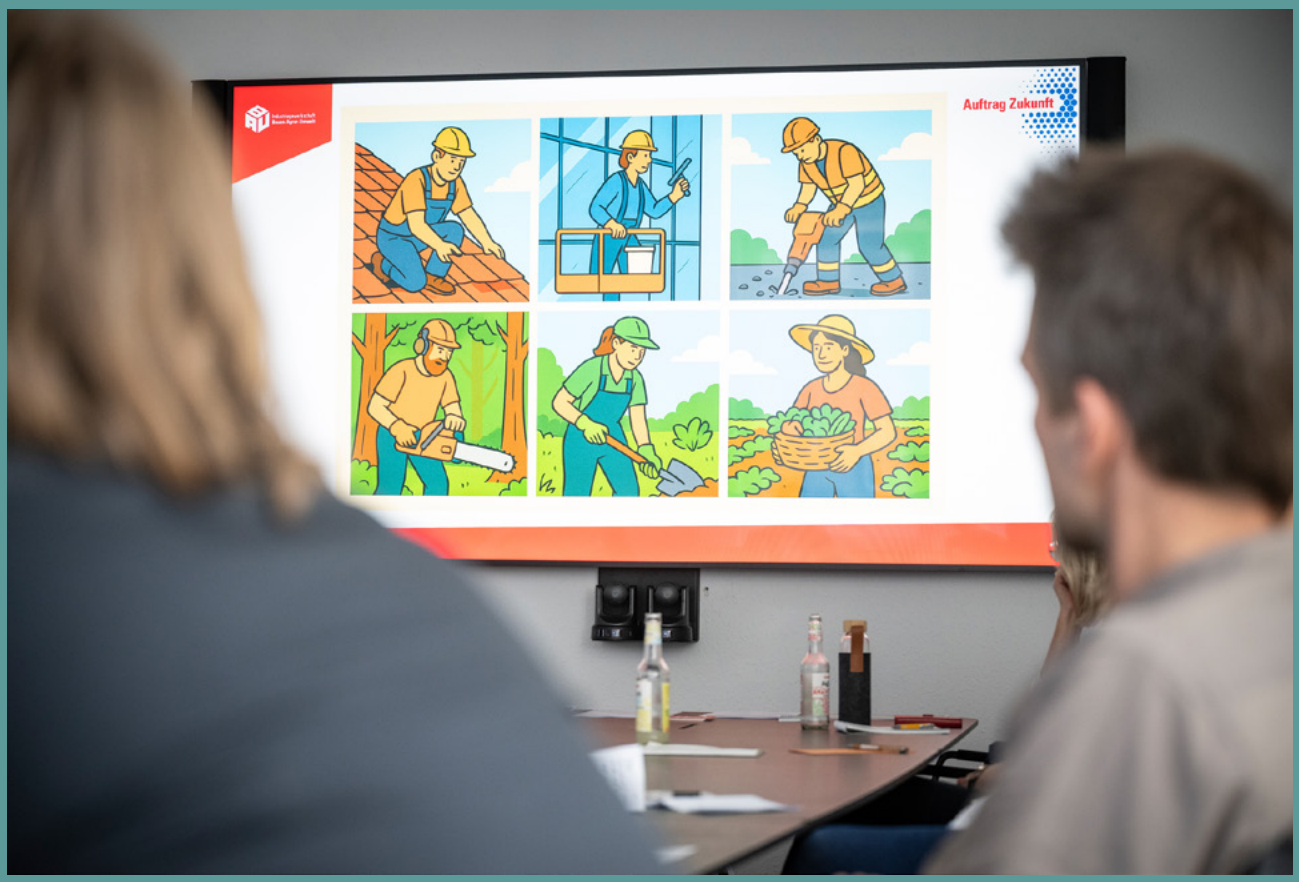
Auf europäischer Ebene geltende Rechtsnormen legen den Beschäftigtenschutz als Aufgabe von Arbeitgeber*innen zwar fest, es gibt aber keine einheitlichen Vorgaben. Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) trägt Wissen zu Klimawandelfolgen am Arbeitsplatz zusammen und entwickelt Maßnahmen zur Risikoprävention. In Deutschland bieten das Arbeitsschutzgesetz und die Arbeitsstättenverordnung sowie die allgemeine Fürsorgepflicht des Arbeitgebers aus dem BGB den Rahmen. Die konkrete Umsetzung ist weitgehend den Unternehmen überlassen. Hier gelten aber auch Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats. Die Arbeitsschutzbehörden der Länder überprüfen die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben. Auch der Hitzeaktionsplan für Bremen und Bremerhaven benennt Hitze- und UV-Schutz am Arbeitsplatz als ein wichtiges Handlungsfeld.

Larissa Federmann hat hervorgehoben, dass Hitze eine zusätzliche Belastung für Mitarbeitende in Kitas und Pflege darstelle. Der Eigenschutz falle aufgrund der großen Verantwortung gegenüber den schutzbedürftigen Menschen häufig weg. Die Häufung von Krankheitstagen verschärfe die durch Personalmangel ohnehin angespannte Lage zusätzlich. Eine Verknüpfung von Maßnahmen, die die Arbeitsverhältnisse adressieren (etwa bauliche Maßnahmen oder die Bereitstellung von Getränken) mit Maßnahmen, die das individuelle Verhalten von Beschäftigten in den Blick nehmen, sei angebracht.

Christian Wechselbahn erläuterte die direkten und indirekten Gefahren im Außenbereich, etwa durch die Hitzeentwicklung von Oberflächen, die der Sonne ausgesetzt sind, sowie die gesundheitlichen Gefahren durch krankheitsübertragende Insekten. Im Klimaanpassungsgesetz sollte Arbeitsschutz verankert werden. Die Mitwirkung von Beschäftigten bei der Erstellung von betrieblichen Hitzeschutzkonzepten ist elementar. Arbeitszeitverkürzungen oder finanziell abgefederte Arbeitsverbote sowie zusätzliche bezahlte Pausen und ein Verbot von Überstunden an Hitzetagen seien ebenfalls wichtig. Hitzeschutz muss ein Bestandteil von Aus - und Weiterbildung werden. Es braucht einen Kulturwandel, der den Eigenschutz zu einem selbstverständlichen Teil des Arbeitsalltags macht.

In der Diskussion wurde deutlich, dass auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Bauliche Maßnahmen müssen immer mit Blick auf Gesundheits- und Arbeitsschutz gedacht werden. Bestehende Instrumente der Gefährdungsbeurteilung müssen konsequent genutzt werden. Arbeitsschutz muss stärker in den Fokus von Politik, Unternehmen und Beschäftigten rücken.

Dieser Workshop wurde von Sonja Borski (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt), Joao Maia (AWO), Larissa Federmann (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen) und Christian Wechselbaum (IG BAU) gestaltet.



Die Arbeitswelt muss dringend hitzefest gemacht werden! Das gelingt nur mit verbindlichem Engagement der Arbeitgeber*innen und wirksamer Mitbestimmung der Beschäftigten.

Workshop B2 – Arbeitsschutz im Klimawandel: Sonnige Aussichten

Workshop B3
Klimageld – Wie gelingt der soziale Ausgleich steigender CO_2-Preise?

CO_2-Preise sind ein Instrument zur Reduktion des CO_2-Ausstoßes: Durch höhere Kosten für CO_2-intensive Energieträger wie Gas, Öl oder Benzin sollen Anreize geschaffen werden, auf umweltfreundlichere Alternativen wie erneuerbare Energien oder ÖPNV umzusteigen. Wie bei allen Konsumsteuern trifft auch die CO_2-Bepreisung Menschen mit geringeren Einkommen besonders stark. Auch Mieter*innen, die ihre fossile Heizung nicht selbst umstellen können, und Menschen in ländlichen Regionen ohne ÖPNV-Angebote sind besonders betroffen. Um eine wirkungsvolle Reduktion der CO_2-Emissionen zu erreichen, muss der CO_2-Preis in den kommenden Jahren deutlich steigen. Ein sozial gerechter Ausgleich für den steigenden CO_2-Preis wird daher in Zukunft noch wichtiger. Doch wie kann dieser ausgestaltet und wirkungsvoll kommuniziert werden?

Eine Möglichkeit des sozialen Ausgleichs besteht darin, die Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung als Klimageld an die Bevölkerung rückzuverteilen. Im Workshop wurden zunächst die Erfahrungen aus Österreich vorgestellt, wo ein regional gestaffelter „Klimabonus“ als Ausgleich diente. Dort ist es in der Kommunikation nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen Klimabonus und CO_2-Preis ausreichend zu vermitteln. Technische Probleme und starke Verzögerungen bei der Auszahlung verursachten Unmut in der Bevölkerung. Zudem gab es Kritik an der Ausgestaltung: Menschen in ländlichen Regionen wurden überkompensiert, während Mieter*innen, die mit Gas heizen, keine zusätzliche Entlastung erhielten. Da entgegen der ursprünglichen Absicht die Auszahlungen des Klimabonus höher als die Einnahmen aus dem CO_2-Preis waren, kam es zu deutlichen Mehrkosten und der der Klimabonus wurde Anfang 2025 im Zuge von Budgetkürzungen ohne nennenswerten gesellschaftlichen Widerstand abgeschafft.

Im Workshop wurde vor diesem Hintergrund diskutiert, wie ein gerechtes und wirksames Klimageld ausgestaltet sein müsste. Dabei waren sich die Teilnehmer*innen einig, dass das Klimageld auch die Einkommensverhältnisse berücksichtigen sollte und Personen mit hohen Einkommen weniger oder kein Klimageld erhalten sollten. Das Klimageld sollte sowohl die Angewiesenheit auf den eigenen PKW als auch die Heizart berücksichtigen. Im Workshop wurde auch eine wirksame Kommunikationsstrategie entworfen. Dabei wurde etwa angemerkt, dass der Name „Klimageld“ verwirrend sei, da er nicht deutlich macht, ob es sich um Geld, das man bekommt oder bezahlen muss, handelt. Zuletzt wurde auch darauf eingegangen, welche weiteren Begleitmaßnahmen zu treffen wären, da CO_2-Preise und Klimageld für die Erreichung der Klimaziele allein nicht ausreichen. Dabei wurde die kritische Frage aufgeworfen, ob das Klimageld überhaupt der richtige Weg ist oder ob die Einnahmen aus dem CO_2-Preis nicht direkt für Klimaschutzmaßnahmen wie den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt werden sollten.

Dieser Workshop wurde von Tamara Premrov (Arbeiterkammer Wien), Carl Mühlbach (FiscalFuture), Carsten Sieling und Kevin Rösch (Arbeitnehmerkammer Bremen) gestaltet.

Das Klimageld ist kurzfristig ein wichtiges Element sozial gerechter Klimapolitik, das sorgsam und sozial gestaffelt eingesetzt werden muss. Für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation braucht es aber darüber hinaus noch viel tiefgreifendere Veränderungen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik.

Workshop B3 – Klimageld – Wie gelingt der soziale Ausgleich steigender CO_2-Preise?

Workshop B4
Wandel der Industrie und Sicherung von Industriearbeitsplätzen

Die Rolle der Industrie im Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft

Die Industrie spielt eine wesentliche Rolle beim Umbau hin zu einer klimaneutralen Produktion und Gesellschaft. Zugleich zählt die Industrie in Deutschland zu den wichtigsten Bereichen der Wertschöpfung, in der bislang gute und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zu finden sind. Doch ist es unter den aktuellen Bedingungen schwer, beides in einen Gleichklang zu bringen: Viele Managemententscheidungen führen zunehmend dazu, dass Innovationen und Investitionen in Standorte ausbleiben. Sie betrachten den Klimawandel nicht als gesellschaftliche Verpflichtung, sondern als puren Kostenfaktor. Statt die Betriebe auf die Zukunft vorzubereiten, sehen sich Beschäftigte immer häufiger mit Angriffen auf ihre Arbeitsbedingungen konfrontiert oder sehen sogar den Standort und ihre Arbeitsplätze gefährdet.

Mit Blick auf die industrielle Situation in Bremen wird deutlich, dass Industriearbeitsplätze nicht nur für die einzelnen Beschäftigten, sondern für die gesamte Region und Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Ein Überblick über die relevanten Branchen, Beschäftigtenzahlen und die soziale Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen unterstreicht dies. Auch lassen sich die tarifpolitischen Herausforderungen und deren Bedeutung für die Zukunft der Bremer Industrie deutlich herausstellen. Ein besonderer Fokus wird in der Diskussion auf das Bremer Stahlwerk gelegt. Anhand einer Übersicht über die Aktivitäten der IG Metall Bremen in den vergangenen zehn Jahren wird das kontinuierliche und notwendige Engagement für den ökologischen Umbau des Stahlwerks sichtbar. Dabei zeigt sich, wie eng ökologische Fragestellungen mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Zukunftsaussichten der Bremer Wirtschaft verknüpft sind. Zugleich werden sowohl die schwierigen politischen Bedingungen als auch das schwierige Verhältnis der Kapitalseite zum ökologischen Umbau der Wirtschaft deutlich.

Zukunftsperspektiven: Industriearbeitsplätze erhalten und klimaneutral umbauen

Das ist und bleibt die zentrale Aufgabe der IG Metall. Es geht darum, den klimaneutralen Umbau in den Betrieben voranzutreiben, die industrielle Produktion darauf auszurichten und darüber Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen.

Diese Herausforderung erfordert ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren: eine aktive Betriebsratsarbeit sowie eine starke gewerkschaftliche Basis – das sind die beiden entscheidenden Erfolgsfaktoren, um dieses Thema in den Betrieben aufzunehmen und zu entwickeln. Ebenso wichtig ist der Einsatz für politische Rahmenbedingungen, die den strukturellen Umbau der Branchen erst möglich machen. Und es ist die Betonung der Verantwortung der Unternehmen, sich an diesen Herausforderungen messen zu lassen.

Dieser Workshop wurde von Ute Buggeln und Manuel Brümmer (IG Metall) gestaltet.

„Zukunft gestalten, dazu gehört, dass Klimaschutz nicht als Bremse und Kostenfaktor verstanden wird, sondern als Motor für eine gesunde Umwelt, gute Arbeit und nachhaltiges Wachstum. Das Handeln der Industrie muss daran stärker gemessen werden.

Workshop B4 – Wandel der Industrie und Sicherung von Industriearbeitsplätzen

Workshop B5
Mit der Schwammstadt durch die Klimakrise – Strategien für widerstandsfähige Städte

Starkregen, Hitzeperioden und lange Trockenphasen nehmen spürbar zu – mit gravierenden Folgen für Städte und ihre Bewohner*innen. Die Schwammstadt bietet ein vielversprechendes Konzept zur klimaresilienten Gestaltung urbaner Räume: Regenwasser wird nicht sofort abgeleitet, sondern lokal gespeichert, genutzt oder versickert – zum Nutzen von Stadtklima, Natur und Menschen. Im Workshop wurden folgende Fragen diskutiert: Wie lassen sich Informationen, Förderprogramme, Potenzialanalysen, Bürger*innenbeteiligung und Baupolitik so miteinander verknüpfen, dass daraus tragfähige Strukturen entstehen? Und wie gelingt es, dabei auch ökologische Aspekte im Blick zu behalten?

Wo liegen die größten Herausforderungen?

Es fehlt an verständlich aufbereiteten Informationen zu Schwammstadt-Prinzipien, zudem sind Förderprogramme oft schwer zu finden oder nicht für alle zugänglich. Auch die Beteiligung der Öffentlichkeit stößt auf Hürden: Es mangelt an niederschwelligen Möglichkeiten, sich in Planungsprozesse einzubringen – etwa bei der Entsiegelung oder Umnutzung von Flächen. In der Baupolitik fehlen verbindliche Klimavorsorge-Standards, verlässliche Finanzierungsmodelle und langfristige Unterhaltungskonzepte. All das muss gelingen, ohne dabei die Natur aus dem Blick zu verlieren.

Welche Perspektiven gibt es?

Informations- und Beratungsangebote bilden das Fundament jeder Entscheidung – im privaten wie im öffentlichen Bereich. Förderprogramme sollten gerecht, einfach zugänglich und zielgruppengerecht gestaltet sein. Systematische Potenzialanalysen helfen dabei, Handlungsfelder zu priorisieren, Ressourcen sinnvoll einzusetzen und Synergien zu nutzen. Bürger*innenbeteiligung muss aktiv gefördert werden – durch dialogorientierte Formate, Transparenz und konkrete Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Baupolitik kann ein starker Hebel sein, wenn sie Klimavorsorge verbindlich in Bebauungsplänen verankert, Planung, Finanzierung und Pflege zusammen denkt und den Schutz urbaner Grünflächen systematisch integriert.

Was es jetzt braucht: Mut zum Handeln

Viele Bausteine sind bereits vorhanden – nun gilt es sie wirksam zu verknüpfen. Wir brauchen mehr Informationen, gezielte Beratung und motivierende Beispiele, die zeigen: Veränderung ist möglich – und jede*r kann Teil davon sein. Förderprogramme sollten so gestaltet sein, dass sie erreichbar und wirkungsvoll sind – für Kommunen, Unternehmen und engagierte Bürger*innen gleichermaßen. Beteiligung vor Ort – etwa bei Entsiegelungsprojekten oder Umgestaltungen – kann direkt zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. In der Baupolitik braucht es einen verpflichtenden Klimavorsorge-Check, der Maßnahmen zur Schwammstadt systematisch in die Planung integriert, eine gesicherte Finanzierung vorsieht und den dauerhaften Erhalt berücksichtigt. Und schließlich müssen wir bestehende Grün- und Freiflächen besser schützen – durch klare Regeln, mehr Transparenz und echte Mitgestaltung. Nur so kann die Schwammstadt Wirklichkeit werden – als Teil einer lebenswerten, klimaresilienten Stadt der Zukunft.

Dieser Workshop wurde vom AK Umweltgerechtigkeit des BUND Bremen und Ulf Jacob (Deutsche Bundesstiftung Umwelt) gestaltet.

*„Es braucht Räume, Ideen und Bürger*innen-beteiligung, damit Visionen einer klima-angepassten Stadt Realität werden. Beim Neubau muss Klimavorsorge verbind-lich und wirksam umgesetzt werden.*

Workshop B5 – Mit der Schwammstadt durch die Klimakrise – Strategien für widerstandsfähige Städte

Podiumsdiskussion Transformation – Sozial gerecht und ökologisch ambitioniert

Stimmen aus der Diskussion

”

Andreas Bovenschulte (Freie Hansestadt Bremen): *Ich sehe in der vorläufigen Absage von AcelorMittal an die Dekarbonisierung fehlenden unternehmerischen Mut!*
Ich sorge mich um den schwindenden gesellschaftlichen Rückhalt für Klimapolitik. Zudem müssten wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie soziale Gerechtigkeit zusammen gedacht werden.

”

Hans-Jürgen Urban (IG Metall): *Ich warne davor, die Transformation den gängigen Marktlogiken zu überlassen. Mit einem Rückfall in die Marktgläubigkeit wird die Transformation sicher scheitern! In absehbaren Fällen, wo die ökologische und gesellschaftliche Wohlfahrt mit den Gewinninteressen der Unternehmen kollidiert, muss sichergestellt werden, dass sich nicht die Gewinninteressen durchsetzen.*

”

Irmela Benz Colaço (BUND): *Es darf kein klimapolitisches Rollback geben, das bisherige Erfolge gefährdet. Ich erwarte von der Politik, sich aktiv für gesellschaftlichen Rückhalt einzusetzen und nicht nur auf Stimmungslagen zu reagieren.*

”

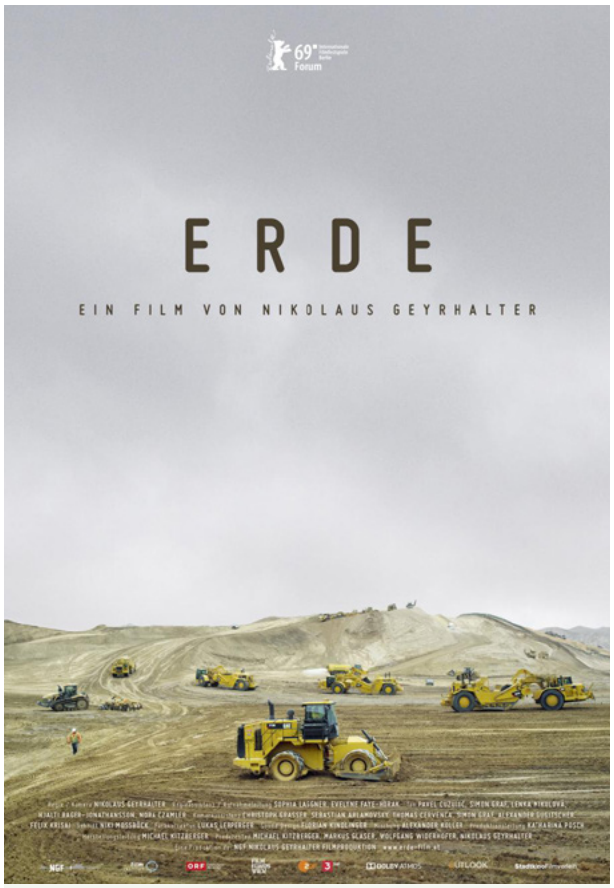
Joachim Schwarz (Cambio Gruppe): *Ein gutes Leben ist auch mit geringem Ressourcenverbrauch möglich, deshalb braucht es eine Debatte über gesellschaftlich nötige und wünschenswerte Produktion.*

”

Imke Sonnenberg (LAG der Freien Wohlfahrtspflege): *Die Sozialwirtschaft steht vor großen Herausforderungen im Gebäudebestand und bei den Fuhrparken. Es braucht also politische Unterstützung, um mehr Sichtbarkeit bei den Problemen der sozialen Dienstleistungen und der Wohlfahrtspflege zu erlangen.*

Kultureller Ausklang: Film „Erde“ im City 46

Ein Film von Nikolaus Geyrhalter (Österreich 2019)



Mehrere Milliarden Tonnen Erde werden durch Menschen jährlich bewegt – mit Schaufeln, Baggern oder Dynamit. Nikolaus Geyrhalter beobachtet in Minen, Steinbrüchen, Großbaustellen Menschen bei ihrem ständigen Kampf, sich den Planeten anzueignen. *(Synopsis zum Film auf der Website von Nikolaus Geyrhalter)*

*Im Film ‚Erde‘ wird deutlich, wie sehr wir Menschen die Erde nach unseren Bedürfnissen umgraben, ausbeuten und durchlöchern. Beim Schauen stellt man sich unweigerlich die Frage, was für Konsequenzen diese Art der vermeintlichen Naturbeherrschung haben wird. Im Film kommen verschiedene Arbeiter*innen zu Wort, die zwischen nachvollziehbarem Stolz und Sorge um die Konsequenzen ihrer Arbeit schwanken. Er ist mir noch lange im Kopf geblieben.* ***Miriam Bömer (Gewerkschaftssekretärin beim DGB Bremen-Elbe-Weser)***

Die Menschheit ist zu einem bestimmenden geologischen Faktor geworden. Wir verändern die Natur tagtäglich durch gewaltige Eingriffe. Wir baggern Kohle und Metalle aus der Erde, treiben Tunnel in Gebirge und bebauen und versiegeln immer mehr Flächen. Der Film zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie das konkret aussieht und es sich anhört. Er zeigt den Versuch der Naturbeherrschung und überlässt den Zuschauenden die Bewertung. Selten kommen die Beschäftigten u. a. des Bergbaus so ausführlich zu Wort wie in diesem Film. Er ist aufwühlend und gerade deshalb sehr wichtig. ***Sebastian Möller (Referent für Wirtschaftspolitik bei der Arbeitnehmerkammer Bremen)***

Zum Weiterlesen

Sie haben nach der Transformationskonferenz Lust, sich weiter mit einer sozial gerechten Klimapolitik zu beschäftigen? Wunderbar! Wir haben hier einige Anregungen. Wir wünschen gute Erkenntnisse und viel Erfolg beim Mitgestalten der sozial-ökologischen Transformation im Betrieb, Verein und/oder Quartier!

- *Forderungspapier der 6. Bremer Armutskonferenz zu Armut und Klimapolitik*
- *DGB Themenseite Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft*
- DGB & Hans-Böckler-Stiftung (2025): *Die Zukunft der Regionen gestalten – Zehn Leitsätze für die politische Praxis*
- DGB (2025): *Industriepolitik in der sozial-ökologischen Transformation Norddeutschlands*
- Arbeitnehmerkammer Bremen & Arbeitskammer des Saarlands (2025): *Soziale Strompreise in der Energiewende. Thesen für eine arbeitnehmendenorientierte Strompreispolitik*
- WSI Blogserie: *Konflikte um eine sozial gerechte Klimawende*
- IÖW-Heft *Zukunftsgerecht*
- *Publikationen von Zukunft KlimaSozial – Institut für Klimasozialpolitik*
- Der Paritätische: *Themenseite Klimaschutz, Umweltschutz & Klimaanpassung*
- *Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Bremen*
- *Aktionsplan Klimaschutz der Freien Hansestadt Bremen*
- *Klimaanpassungsstrategie Bremen & Bremerhaven*
- *Earth for All Deutschland*
- Vierter Gleichstellungsbericht (2025): *Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation*
- *Klimafakten.de*
- *klimareporter°*
- Umweltbundesamt (2023): *Monitoringbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel*
- Arbeiterkammer Wien (2024): *Plan für den sozialen und ökologischen Umbau*

Danksagung

Die Bremer Transformationskonferenz war eine Gemeinschaftsleistung und echtes Teamwork. Wir bedanken uns herzlich beim Organisationsteam (Marion Salot, Miriam Bömer und Sebastian Möller), bei den Mitwirkenden aufseiten der Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, bei den Workshopleitungen und allen Referent*innen, bei der Moderatorin Samira El Hattab, beim Team der Bremischen Bürgerschaft, bei den vielen Kolleg*innen, die im Hintergrund mitgewirkt und den reibungslosen Ablauf ermöglicht haben und bei allen Teilnehmenden fürs Zuhören, Mitdenken und Mitdiskutieren. Vielen Dank!

Impressum

Herausgeber
Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1
28195 Bremen

Projektleitung und Redaktion
Nathalie Sander, Arbeitnehmerkammer Bremen
Telefon: 0421/36301-71
E-Mail: sander@arbeitnehmerkammer.de

Autor*innen
Sebastian Möller, Arbeitnehmerkammer Bremen
Marion Salot, Arbeitnehmerkammer Bremen
Miriam Bömer, DGB Bremen-Elbe-Weser

Für die Workshopberichte sind die jeweiligen Workshopleitungen verantwortlich.

Gestaltung
IconScreen, Hamburg

Bildnachweis
Hannes von der Fecht
Filmplakat: © Nikolaus Geyrhalter Filmproduktion GmbH

© Arbeitnehmerkammer Bremen, November 2025

Eine Veranstaltung von DGB und Arbeitnehmerkammer
in Kooperation mit Bremer Umwelt,- Sozial- und Wohlfahrtsverbänden

Arbeitnehmerkammer Bremen

DGB

DER PARITÄTISCHE Bremen

AWO Bremen

Deutsches Rotes Kreuz
DRK-Kreisverband Bremen e.V.

Diakonie Bremen

SOVD Landesverband Bremen

caritas Bremen

FRIDAYS FOR FUTURE Bremen

NABU Bremen

BUND Landesverband Bremen

NaturFreunde DEUTSCHLANDS

kda Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt